

B 2-Entlastungstunnel: Stadtrat gegen Tunnelverlängerung und für Aufnahme des Projektes in den Investitionsrahmenplan

Mit großer Mehrheit hat der Stadtrat der Stadt Starnberg in seiner letzten Sitzung vor den Weihnachtsferien beschlossen, die Aufnahme des B 2-Entlastungstunnels in den Investitionsrahmenplan (IRP) weiter zu verfolgen.

Aufgegeben wurde damit gleichzeitig die Verlängerung des Entlastungsbauwerkes im Norden und im Süden der Stadt. Beide Verlängerungsmaßnahmen waren geprüft und zwar für technisch machbar gehalten worden. Allerdings steht der zu erwartende Nutzen (nur geringfügige verkehrliche und städtebauliche Verbesserungen) in einem sehr ungünstigem Verhältnis zu den zu erwartenden Baukosten von rund 20 Mio. Euro mehr. Der Bund, der bekanntlich Träger der Baumaßnahme ist, hat darum längst signalisiert, ein solches Projekt nicht finanzieren zu wollen. Und auch die Damen und Herren des Stadtrats wollten diese Kosten nicht durch die Stadt übernommen wissen. Schließlich war auch das Risiko zu hoch, durch das erneut erforderliche Planfeststellungsverfahren die Aufnahme des B 2-Entlastungstunnels in den IRP zu gefährden.

Beobachter geben dem Straßenbauprojekt im Übrigen gute Chancen, Aufnahme in den nächsten Finanzierungsplan des Bundes zu finden. Um der Konjunkturlaute entgegenzuwirken, planen Bund und Freistaat Bayern zusätzliches Geld für den Straßenbau auszugeben.

(STA, 18.12.08)